

31.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

zum Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Berichterstatter: Abgeordneter Georg Fortmeier

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/15255 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde durch Plenarbeschluss vom 6. Oktober 2021 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, den Wissenschaftsausschuss, sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

Die Fraktion der SPD schreibt in ihrem Antrag, der Landtag solle die Landesregierung auffordern,

- eine umfassende Rohstoffstrategie für NRW zu erarbeiten, in der klare Zielsetzungen und wirksame Instrumente für eine nachhaltige, wo möglich zirkuläre Rohstoffbewirtschaftung aufgezeigt würden,
- auf der Rohstoffstrategie aufbauend einen „Masterplan zirkuläre Wirtschaft“ in Abstimmung mit Arbeitgeber/-innen, den Industriegewerkschaften, der Forschung sowie den Umweltverbänden zu erarbeiten,
- ein Kompetenzzentrum Zirkuläre Wirtschaft einzurichten, in dem Aktivitäten zur Innovation, Unternehmensgründung, Forschung und Vernetzung gebündelt würden,
- bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Kommunen und Landeseinrichtungen insbesondere im Baubereich Innovationsausschreibungen mit dem Ziel einer alltagstauglichen Anwendung zirkulärer Wertschöpfungsansätze mit zusätzlichen Landesmitteln zu unterstützen,
- einen Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsbedarfsplan gemeinsam mit der Kreislaufwirtschaft und den Gewerkschaften zu entwickeln, der die Fachkräfteversorgung sicherstelle und Anpassungen im Qualifikationsprofil der vorhandenen Beschäftigten unterstütze.

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Oktober 2021 erstmals beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 12. Januar 2022 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 17/1685 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung waren folgende Institutionen/Sachverständige geladen bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Circular Valley Dr. Carsten Gerhardt Wuppertal	Dr. Carsten Gerhardt	17/4725

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Unternehmer NRW Alexander Felsch Düsseldorf	Alexander Schüller	17/4704
IG BCE / Landesbezirk Nordrhein Frank Löllgen Düsseldorf	Omer Kirli	17/4657
Wuppertal Institut Dr. Henning Wilts Wuppertal	Dr. Henning Wilts	17/4720
Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI Landesverband Nordrhein-Westfalen Hans-Jürgen Mittelstaedt Düsseldorf	Hans-Jürgen Mittelstaedt	17/4692
Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. Raimo Bengler Duisburg	Raimo Bengler Dr. Hendrick Schulte- Wrede	17/4678
Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft Dr. Katharina Reuter Berlin	Dr. Katharina Reuter	17/4718
Ecologic Institut gGmbH Dr. Martin Hirschnitz-Garbers Berlin	Dr. Martin Hirschnitz-Garbers Susanne Langsdorf	17/4698
NE-Metalle Alex Klawek GmbH Constantin A. Klawek Hagen	Constantin A. Klawek	---

weitere Stellungnahme:

:metabolon

17/4824

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 9. März 2022 die Anhörung ausgewertet.

Die **SPD-Fraktion** betonte, die aktuelle Lage fordere geradezu dazu auf, Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren. Daher müsse das Thema der zirkulären Wirtschaft spürbar stärker gewichtet werden. Es bekomme nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus geopolitischen Erwägungen eine deutlich größere Bedeutung. Die Mehrheit der Sachverständigen unterstütze die Forderungen des SPD-Antrags nachhaltig. Hierzu zählten das Wuppertal Institut, der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, die IG BCE und Ecologic. Die Gutachter betrachteten die im Antrag dargelegten Empfehlungen als wichtig. Der Baustoffverband verortete seine Stellungnahme sehr stark auf die vergaberechtlichen Kriterien für die Nutzung von Rezyklaten im Bereich der Bauwirtschaft ab. In der sehr interessanten Anhörung sei für viele der geforderten Punkte eine relativ breite Unterstützung deutlich geworden. Unternehmer NRW habe die Gewichtung des Kreislaufabfallwirtschaftsgesetzes in den Raum gestellt. Hierzu verweise er auf die Ausführungen des Wuppertal Instituts im Rahmen der Anhörung. Zu diesem wichtigen Thema, dessen Bedeutung in den letzten Wochen noch zugenommen habe, könne versucht werden, eine interfraktionelle Einigung herbeizuführen und somit ein klares Signal zu geben.

Eine hohe Bedeutung räumte auch die **FDP-Fraktion** dem Thema ein. Dies gelte besonders mit Blick auf die aktuell bedrückende Lage auf internationaler Ebene. Die beschlossenen Wirtschaftssanktionen wirkten nicht nur, wie beabsichtigt, auf die russische Seite, sondern führten auch zu Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse die schwierige Phase erläutert werden. Wichtig sei ein offener und klarer Austausch über die heimische Rohstoffgewinnung. Zu ihr müsse sich die Politik bekennen; ihr komme eine gestiegene Bedeutung zu. Der Antrag berücksichtige wichtige Aspekte der zirkulären Wirtschaft, allerdings kein gesamtheitliches Konzept. Auch das habe die Anhörung deutlich gemacht. Das Landesabfallgesetz sei zum Landeskreislaufwirtschaftsgesetz weiterentwickelt worden und im Februar 2022 in Kraft getreten. Maßnahmen müssten hierauf aufsetzen. Die Möglichkeiten des neuen Gesetzes sollten in der Vollzugspraxis zunächst vollständig angewendet werden. Regulierung und Standardisierung sollten nicht über nationales und europäisches Recht hinausgehen. Stattdessen werde eine Harmonisierung angestrebt, damit eine solche Regelung nicht zu einer bürokratischen Belastung der Wirtschaft werde, sondern die positiven Effekte einer zirkulären Wirtschaft und den notwendigen damit einhergehenden Normen erreicht würden. Zudem solle unbedingt darauf geachtet werden, alle gesetzlichen Regelungen, Vorgaben und Konzepte aufeinander abzustimmen und strategisch zusammenzudenken. Wie die Anhörung gezeigt habe, sei der Antrag somit noch verbesserungsfähig, auch wenn das Thema grundsätzlich befürwortet werde.

Die **AfD-Fraktion** erinnerte an die Ausführungen eines Unternehmers während der Anhörung, der direkt im Recyclinggeschäft tätig sei. Denjenigen, die dem Bereich arbeiteten, müsse eine Stimme gegeben werden. Herr Klawek habe ganz deutliche Hinweise auf bestehende Probleme gegeben. Er sehe seinen Betrieb beispielsweise durch die stetig wachsenden Auflagen der Bezirksregierungen massiv behindert. So beklage er sich, eine BlmschG-Genehmigung erst nach drei Jahren erhalten zu haben. Darüber hinaus habe er weitere unsinnige Vorschriften angeführt, zum Beispiel dass am Tag nur 10 t Alugussreste gefahren werden dürften. Die Lkw führen somit weniger als halb beladen. Das zeige, Regelungen seien weder nachhaltig noch praxistauglich. An dieser Stelle könne die Landesregierung schnell für eine Erleichterung sorgen. Behindert werde das Unternehmen auch durch das Versagen der Politik bei der Rahmedetalbrücke an der A 45; durch die Vernachlässigung der Infrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten müssten nämlich riesige Umwege gefahren werden. Hinzu kämen hohe Diesel- und Strompreise. Gründe hierfür lägen unter anderem in der Abschaltpolitik von CDU und FDP. Die Maschinen bräuchten zuverlässig Strom, nicht nur dann, wenn passendes Wetter herrsche. Von Bedeutung für die Branche seien einige grundlegende Änderungen, durch die beispielsweise Produkte nicht als Abfall, sondern als Rohstoff deklariert würden. Nicht ein

Kompetenzzentrum werde benötigt, sondern echte Erleichterungen bei Genehmigungen und weniger Bürokratie.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekräftigte, der Thematik komme angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage eine gestiegene Bedeutung zu. Gleichzeitig könnten die Klimaschutzziele nur bei Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft erreicht werden. Die spannende Anhörung habe deutlich gemacht, dass es kaum mit Nordrhein-Westfalen vergleichbare Regionen gebe. Bestehende Chancen müssten noch umfangreicher ergriffen werden als bislang. Die Sachverständigen hätten Hürden und Herausforderungen dargestellt, die aus beseitigt werden sollten. Dabei handele es sich vor allen Dingen um die unklaren Rahmenbedingungen und fehlende Planungssicherheit. Dies sei nicht nur, aber auch auf Landesebene zu klären. Der Vertreter des Wuppertal Instituts habe deutlich gemacht, dass es zu einer Umstellung auf Kreislaufwirtschaft kommen werde, es sei nur die Frage, wo und ob die in Nordrhein-Westfalen bestehenden Potenziale genutzt würden. Klare Vorschläge aus der Anhörung in Richtung Land und Bund sollten aufgegriffen werden. Dabei gehe es um Steueranreize für bestimmte Produkte, aber auch um Produktpässe für Häuser, um das Recycling zu erleichtern. Der VCI schlage vor, zirkuläre Konzepte in Reallaboren zu entwickeln. Hier könne das Land Unterstützung anbieten. Das Ecologic Institut habe spannende Anreize bei Vergabe und Fördermitteln angesprochen. Die Möglichkeit, über Abgaben zum Beispiel unsortierten Müll zu steuern, fehle im Antrag ebenso wie ein recyclinggerechtes Produktdesign. Für offenbleibende Finanzierungsfragen müssten Lösungen gefunden werden. Dennoch stelle der Antrag einen guten Impuls und sinnvollen ersten Schritt dar; er erhebe an vielen Stellen sinnvolle Forderungen.

Die **CDU-Fraktion** räumte dem Thema oberste Priorität ein und hob die Notwendigkeit der Weiterentwicklung hervor. Hürden seien zu beseitigen. Daran arbeite die Landesregierung zum Teil bereits. Vorschläge aus der Anhörung würden aufgenommen. Die Festschreibung der fünfstufigen Abfallhierarchie im Landekreislaufwirtschaftsgesetz sei wichtig. Hier gehe die öffentliche Hand vorbildhaft voraus und fördere die Nutzung von Recyclingbaustoffen bei der Vergabe öffentlicher Bauleistungen. Mit der Carbon Management Strategie habe das Land etwas bisher Einmaliges vorgelegt, um die Circular Economy als zukunftsfähige Kohlenstoffquelle für die Industrie zu erschließen. Hierfür werde eine adäquate Förderlandschaft benötigt, und das BMU müsse die Richtlinie zur Dekarbonisierung der Industrie anpassen. Für einige Bereiche seien Investitionsförderungen vonnöten. Dazu gehöre das Pilotprogramm zum Carbon Contracts for Difference. Auch beim Markthochlauf die für CO₂-Abscheidung fehle eine flächendeckende CO₂-Infrastruktur. Hierzu werde das MWIDE einen Wettbewerb für drei oder fünf Modellregionen durchführen. Das Metabolon stelle ein sehr gutes Netzwerk dar. Der Runde Tisch „Zirkuläre Wertschöpfung NRW“ habe seine Arbeit schon vor einiger Zeit aufgenommen. Die Chemieindustrie bemühe sich im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier um ein Kompetenzzentrum. Das unterstütze die CDU-Fraktion sehr. Der Antrag gebe einen wichtigen Impuls. Gemeinsam solle über Weiterentwicklungsmöglichkeiten nachgedacht werden; denn das Thema sei für alle extrem wichtig. Allerdings dürfe es nicht zu einem NRW-Sonderweg kommen. Recycling und zirkuläre Ökonomie stellten ein ganzheitliches Thema für Deutschland und Europa dar. Deswegen sei eine Umsetzung von nationalem und europäischem Recht der richtige Weg.

Die **Landesregierung** begrüßte die parlamentarische Diskussion und Unterstützung des Themas. Umwelt- und Wirtschaftsministerium arbeiteten seit drei Jahren eng abgestimmt mit Hochschulen, Verbänden, Institutionen, Forschungseinrichtungen und regionalen Zusammenschlüssen, um dieses Thema voranzutreiben. Es sei Teil der Energiewirtschaft und der Frage, wie auch mit den energieintensiven Unternehmen Klimaneutralität erreicht werden könne. Nordrhein-Westfalen verfüge seit Jahrzehnten über weltweit führende Recyclingunternehmen mit großem Know-how. Deren Beitrag werde in noch stärkerem Umfang benötigt, um die sehr ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Schon 2021 sei eine Studie an ein Konsortium

unter Federführung des Wuppertal Instituts in Auftrag gegeben worden, durch die mit Blick auf Nordrhein-Westfalen im Jahr 2030 Vorschläge für eine Vision, Ziele und eine daraus abgeleitete Roadmap erarbeitet würden. Das Konsortium arbeite an einem ganzheitlichen und in sich stimmigen Konzept. Die Studie werde voraussichtlich Ende April abgeschlossen und könne ein wichtiger Impulsgeber für weitere Aktivitäten des Landes sein. 2021 habe die Landesregierung eine Studie an das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung vergeben, deren Ziel es sei, die Versorgung der Industrie in Nordrhein-Westfalen mit den wichtigsten Primär- und Sekundärrohstoffen bis 2035 zu untersuchen. Dabei solle die Rolle der Circular Economy bei knapper werdenden Ressourcen beleuchtet werden. Die Ergebnisse seien der Öffentlichkeit am 4. Januar 2022 vorgestellt werden. Die Landesregierung werde in den kommenden Monaten Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik weiter vorantreiben, um abzustecken, welche Anforderungen sich aus dieser Studie und der Diskussion für die Entwicklung einer NRW-spezifischen Rohstoffstrategie ergäben. Kürzlich habe es den zweiten Pitch beim Circular Valley in Wuppertal gegeben. Dabei habe eine zweistellige Zahl von Start-ups aus der ganzen Welt Ideen vorgestellt, wie man mit Recycling nachhaltiger wirken könne. Das Land fördere die Circular-ValleyInitiative mit 3,5 Millionen Euro. Wichtige Impulse kämen auch aus der Wirtschaft.

Die mitberatenden Ausschüsse für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, für Wissenschaft sowie für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz haben den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Am 29. März 2022 haben die Fraktionen von CDU und FDP mit der Drucksachenummer 17/16919 einen Entschließungsantrag zu dem Beratungsgegenstand eingebracht. Am 30. März 2022 fand die abschließende Beratung zu dem Antrag der SPD-Fraktion im federführenden Ausschuss statt. In die kurze Debatte wurde auch der Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP einbezogen.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/15255 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender